

## Der Kampf gegen die Militärvorlage.

ap. In verschiedenen Parteikreisen herrscht eine gewisse Mißstimmung über die Art und Weise, wie der Kampf gegen die Militärvorlage geführt wird. Was die Stuttgarter Kreisversammlung in ihrer Resolution aussprach: daß unsere Fraktion den Kampf nicht entschieden genug führte, bringt auch die Stimmung vieler Anderen zum Ausdruck. Zweifellos besteht auch ein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Fraktion und der Teilnahmelosigkeit, die man oft bei den Massen gegenüber dieser Vorlage bemerken kann. Denn beide wirken auf einander ein: je entschiedener die Fraktion im parlamentarischen Kampfe die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt, um so mehr werden die Massen mitgerissen und aufgerüttelt; aber umgekehrt muß ein Mangel an Aktivität und Teilnahme der Massen lähmend auf die Fraktion zurückwirken und sie dazu bringen, ihre Kraft vor allem auf die Verbesserung der Einzelheiten zu richten. Während es sich nun bei der Kritik zuerst wohl nur um eine Stimmung handelte, ohne daß bestimmte Taten anzugeben waren, die zu bemängeln seien, hat sie in der Zustimmung unserer Fraktion zu der sofortigen zweiten Lesung der Militärvorlage eine bestimmte Handhabe bekommen. Dieser Beschluß dürfte noch zu mancher Auseinandersetzung über unseren Kampf gegen den Militarismus führen.

Wie liegt die Sache? Die Regierung hat eine Militär- und eine Steuervorlage eingebracht. Die erste wollen alle bürgerlichen Parteien bewilligen; über die letzte streiten sie scharf mit einander. Die Liberalen wollen, dem Wunsche der hohen Regierung folgend, zuerst das Militär-gesetz schnell unter Dach und Fach bringen, um nachher gemüthlich die Steuern zu regeln; sie sind ja sicher, daß sie mit Hilfe der Sozialdemokratie die Steuern im antiagrarischen Sinne regeln können. Die schwarzblauen Parteien trauen der Sache nicht; da ihre Mehrheit von 1909 eine Minder-heit geworden ist, fürchten sie sich vor einer Erbschaftssteuer, und deshalb wollen sie das Ganze aufschieben, bis sie über die Steuern Sicherheit haben. Statt dazu mitzuwirken, daß die Entscheidung aufgeschoben wird und die bürgerlichen Parteien sich inzwißchen in die Haare geraten, hat unsere Fraktion nun entschieden, daß zuerst die Militärvorlage selbst rasch erledigt werden soll.

Welche Gründe haben sie dazu veranlaßt? Im „Vorwärts“ vom 29. Mai wird ausgeführt: „Die Sozialdemo-

tratie verwirft selbstverständlich grundsätzlich die Wehrvorlage. Sind aber die bürgerlichen Parteien zu ihrer Annahme entschlossen, dann ist es notwendig, daß zunächst die Heeresvorlagen endgültig erledigt werden, damit über die Höhe der dann notwendig werdenden Steuern ein klares Bild geschaffen ist.“ Das letzte Argument, das man eher von einem Regierungsvertreter erwarten könnte, ist so sonderbar, daß man dabei am besten annimmt, dem Autor sei die Feder ausgerutscht. Wichtiger ist der vorangehende Gedankengang, da er die Grundlagen unserer ganzen Taktik berührt. Da wir die Annahme doch nicht verhindern können, so wird hier gesagt, kann sie unsererseits, wenn andere Gründe dafür sprechen, so rasch wie möglich erfolgen, und wir werden ihr keine Hindernisse bereiten.

Als im vorigen Jahre in der Partei über den Imperialismus diskutiert wurde, trat oft der sonderbare Vorwurf hervor, daß wir, — die sogenannte äußere Linke — die wir die Unvermeidlichkeit des Imperialismus betonten und die Unmöglichkeit, die Rüstungen zu verhindern und den alten friedfertigen Kapitalismus zurückzubringen, damit von jedem Kampfe gegen ihn Abstand nehmen wollten. Wir haben damals hervorgehoben, daß diese Einsicht uns dazu führt, den Kampf gegen den Imperialismus in der einzig richtigen Weise zu führen, dadurch nämlich, daß wir die Massen gegen ihn mobil machen. Hier sehen wir nun, daß zwar die erfreuliche Einsicht in die Unmöglichkeit, die Rüstungen zu verhindern, auch bei denjenigen gekommen ist, die sich damals das marxistische Zentrum nannten; aber sie nimmt leider sofort die fatalistische Gestalt an, daß es dann vergebens und nutzlos ist, dagegen mit aller Energie ankämpfen zu wollen. Wozu aufstehen, was unabwendbar ist? „Scharfrichter, mach es schnell: wozu meine Qual unnötig verlängern?“

Man denke sich einen Augenblick, daß bei jeder Frage dieser Standpunkt eingenommen würde: weiß man einmal, daß die bürgerliche Mehrheit dagegen ist und daß man nicht durchkommt, so hat es keinen Zweck, weiter zu kämpfen. Sollte die Frage, ob man im Parlament mit seinen Anträgen durchkommen wird, maßgebend sein, so hätte die Sozialdemokratie in den Parlamenten fast alles unterlassen können, was sie dort so fruchtbar gearbeitet hat. Aber sie hat diese Taktik des Fatalismus nie befolgt, weil sie wußte, daß die Früchte anderswo reifen, in der Aufklärung, der Aufrüttelung, der politischen Mobilmachung der Arbeitermassen. Nicht die spärlichen Sozialgesetze, sondern die politische Organisationsmacht des Proletariats ist die wirkliche Frucht der parlamentarischen Tätigkeit der Partei. Und so wird es auch weiter sein.

Die Militärvorlage bildet nur den Teil einer imperialistischen Gesamtpolitik, in der sie mit dem Zerfall

der Türkei, der Annäherung an England, mit den afrikanischen Kolonialgelüsten des deutschen Kapitals und der Drohung eines kommenden Weltkrieges aufs engste verbunden ist. Durch diesen Zusammenhang geht der Kampf gegen sie über die Grenzen des unmittelbaren parlamentarischen Kampfes hinaus und werden weitere Gesichtspunkte maßgebend; damit wird er zu einem internationalen Kampf, bei dem die deutschen und die französischen Arbeiter einander durch ihre Taktik unterstützen müssen. Die Militärvorlage selbst verhindern können wir nicht, gewiß, aber unsere Sache ist es, durch den Kampf gegen sie die Massen aufzurütteln und aufzuklären, und damit die proletarische Macht, die den Imperialismus besiegen muß, möglichst rasch zu stärken. Was vom Standpunkt des unmittelbaren Erfolges ein zweckloses Beginnen ist, bekommt von diesem allgemeinen Standpunkt eine wichtige Bedeutung; je schärfer und energischer die Fraktion sich der schnellen Erledigung der Vorlage widersetzt, je mehr Schwierigkeiten dabei auftauchen, je mehr Aufmerksamkeit weckt dies im Lande, je mehr Gewinn bringt es für die Zukunft. Damit wäre auch die Verbindung mit den Massen hergestellt, deren völliges Fehlen bei der bisherigen Beratung eben den Grund für die Mißstimmung und die Kritik bildet. Wir wollen hier nicht auf die Frage eingehen, ob der schärfste Kampf bis zur Obstruktion gehen kann — wir wollen bloß darauf hinweisen, daß Kautsky auf dem Leipziger Parteitag ihre Unmöglichkeit bestritt. Aber jedenfalls hat die Fraktion mit ihrer Abstimmung gerade das entgegengesetzte getan; sie hat geholfen, mögliche Hemmnisse für die Militärvorlage aus dem Wege zu räumen, so daß sie glatt und ohne viel Aufsehen zu erregen erledigt werden kann, und damit ist zweifellos auch der Kampf unserer Genossen im Auslande erschwert worden.

Natürlich waren es gewichtige Gründe, die die Fraktion dazu brachten, nicht die Methode des äußersten und energichsten Widerstandes anzuwenden. Wird man ihnen aber auch beipslichten müssen? Der „Vorwärts“ gibt sie in den Sätzen wieder: „Sie (die Schwarzblauen) rechnen damit, daß die Rationalliberalen wohl oder übel sich ihren Steuerplänen, d. h. vor allem der Verhinderung der Erbschaftsteuer fügen würden, nur um die Wehrevorlage möglichst rasch in Sicherheit zu bringen. . . . Die Sozialdemokratie hat es auch keineswegs notwendig, dem Zentrum und den Konservativen das Spiel zu erleichtern und ihnen, trotzdem sie in der Steuerfrage in der Minorität sind, die Entscheidung auch über die Deckung in die Hände zu spielen.“

Das bedeutet erstens, daß für die Fraktion in ihrer ganzen Taktik gegenüber diesem gewaltigen Vorstoß des Imperialismus die Steuerfrage allein maßgebend ist,

daß sie auf diesen Teil der Schäden und Gefahren des Imperialismus ihre ganze Kraft konzentriert und ihm alle anderen großen Gesichtspunkte opfert. Muß dies schon bedenklich erscheinen, so wird es noch bedenklicher, wenn man sieht, welche alles entscheidende Wichtigkeit dabei den parlamentarischen Kuliffenschiebereien zuerkannt wird. Natürlich wird kein Mensch bezweifeln, daß bei den Verhandlungen und Mogeleyen zwischen den Parteien oft etwas anderes herauskommt, als sie vorher wünschten. Aber es ist doch sicher, daß ihre Stellungnahme in solchen Fragen, wie bei den Steuern, allgemeineren Gründen entspringen als augenblicklichen parlamentarischen Konstellationen. Die Gründe, die die Liberalen zur Befürwortung einer Reichsvermögenssteuer, oder, wenn die Regierung das nicht will, einer Erbschaftsteuer bringen, liegen darin, daß sie als begeisterte Verfechter des Imperialismus dafür auch den Besitzenden Lasten aufzuerlegen bereit sind, weil sie sich mehr als die agrarischen Parteien von den Wählerstimmen abhängig fühlen. Diese Gründe würden jetzt genau so wirken wie später, während umgekehrt alles, was die Nationalliberalen zu einem Kompromiß mit den Agrariern treibt, später so gut gilt wie jetzt. Denn daß die Schwarzblauen daran die Wehrvorlage scheitern lassen, das werden ihnen nicht viele glauben.

Es klingt sehr schön, wenn die Sozialdemokratie erklärt, nicht das „Spiel“ einer bürgerlichen Partei erleichtern zu wollen. Wenn sie aber statt ihrer großen Prinzipien dies zum Leitsatz ihrer Taktik machen will, läuft sie große Gefahr, selbst zum Spielball ihrer Gegner zu werden. Will sie recht schlau sein und, wie es heißt, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien ausnutzen, so vergißt sie nur zu leicht, daß ihr Gegensatz zu beiden unendlich viel größer ist. Weil die Schwarzblauen die gehässigeren und brutaleren Feinde sind, während die Liberalen uns lieber mit Konzessionen und glatten Worten bekämpfen, wird bei ihren Gegensätzen unser Platz nicht leicht an der Seite der Reaktionäre sein, und instinktiv mißtraut man ihnen. Sollte das aber dazu führen, daß man aus Furcht, die Karte dieser Partei zu spielen, den großen allgemeinen Kampf des Proletariats gegen die ganze besitzende Klasse aus den Augen läßt, so würden die bürgerlichen Parteien damit gerade den Zweck ihres „Spieles“ erreichen. —